

Bernd Röttger

Die Region – eine Regulationssphäre für eine neue Politik der Arbeit?

Regionale Gewerkschaftspolitik, die Erosion des „Modell Deutschland“ und die wettbewerbs-regionalistische Reorganisation der lokalen Staaten, oder: die „verkürzte Verfallszeit gemachter und dann gebrochener Versprechen“

Beitrag für die 3. Jahrestagung des „Forums Neue Politik der Arbeit“: „Nach dem Epochenbruch: Übergänge zu einer neuen Politik der Arbeit und Menschenwürde in der Arbeitswelt“. 4./5. März 2005, IG Metall Bildungsstätte Berlin-Pichelssee; Forum 4: Räumliche und soziale Entgrenzung von Regulationssphären als Herausforderung für eine solidarische Politik der Arbeit

- erste Fassung -

Gliederung:

- 1. Einleitung: Gewerkschaften, lokale Regulation und die Zukunft des „rheinischen Kapitalismus“**
- 2. Gewerkschaften und regionale Arbeits- und Wirtschaftspolitik: empirische Befunde**
 - 2.1 *Die erstrittene Regulation*
 - 2.2 *Moderne Governancestrukturen im Vergleich: Clusterpolitik at work*
 - 2.3 *Bestimmungsfaktoren veränderter lokaler Regulationsdispositive*
- 3. Globalisierung und Regionalisierung revisited**
- 4. Schluss: Auswege aus dem gewerkschaftlichen Beteiligungsparadoxon?**

Literatur

Abstract:

In der internationalen wissenschaftlichen Diskussion ist zunehmend von einem Konstitutionswandel der Regionalisierung die Rede; die mit dem *New Regionalism* einst verbundenen Hoffnungen sind weitgehend zerstoßen. „Wir haben alles, aber alles dümpelt nur noch vor sich hin“ – so die ernüchterte Bilanz eines Gewerkschafters anlässlich der Bewertung der von ihm mit initiierten regionalen Kompetenzfeldpolitik. Ein lineares „weiter so“ in der Regionalpolitik stößt zumindest für die beteiligten Gewerkschaften an Grenzen. Der Beitrag versucht, Gründe für die Entstehung einer neuen, regionalen Regulationssphäre gesellschaftlicher Arbeit zu benennen, Gründe für den Konstitutionswandel der Regionalisierung aufzuspüren und diskutiert die Voraussetzungen und Perspektiven einer (erneuerten) gewerkschaftlichen Politik in den Regionen.

„Schön beschissene Zeiten, in denen ... die Sozialisten den Kapitalismus vorantreiben...“

„...denn das Bürgertum hatte sich endgültig dazu überwunden, den Namen zu wechseln; nun nannte es sich ‚aufstrebender Sektor‘, und wie soll man gegen den ‚aufstrebenden Sektor‘ eine Bombe zünden oder eine Barrikade errichten?“

Manuel Vázquez Montalbán, Der letzte Bolero

1. Einleitung: Gewerkschaften, lokale Regulation und die Zukunft des „rheinischen Kapitalismus“

Den Gegenstand der folgenden Ausführungen bilden lokale und regionale Praxisformen, mit denen Gewerkschaften versuchen, den Umbruch in der gesellschaftlichen Arbeit zu gestalten und Einfluss auf die strategische Ausrichtung lokaler/regionaler Wirtschaftsförderung auszuüben. Hintergrund ist, dass sich in den 1990er Jahren Gewerkschaften gerade in Regionen, in denen der strukturelle Wandel als „radikaler Strukturwandel“ Gestalt annahm, indem er zunehmend tradierte, fordistische Organisations- und Politikformen (Großbetriebe mit starken Interessenvertretungen, in denen Gewerkschaften ihre organisatorischen Hochburgen hatten) unterminierte, zu relevanten Akteuren der Erneuerung lokaler/regionaler Formen der Wirtschafts- und der Arbeitsregulation und damit auch des lokalen *institution building* entwickelt haben. Allgemein betrachtet zielten solche lokal- und regionalpolitischen Neuorientierungen der Gewerkschaften darauf, geeignete Formen einer Arbeitspolitik zu entwickeln, in denen der mit der neoliberalen Globalisierung (Röttger 1997) intensivierete „stumme Zwang ökonomischer Verhältnisse“ gebrochen und ein Regulationsraum gesellschaftlicher Arbeit neu eröffnet werden kann. Es handelt sich – zumindest nach Ansicht der gewerkschaftspolitischen Akteure – um Erfolg versprechende Ansätze zu einer pfadabhängigen Modernisierung eines kapitalistischen Entwicklungsmodells, das in der neueren politökonomischen Debatte gemeinhin als das „rheinische“ (Albert 1992) bzw. „koordinierte Kapitalismusmodell (Hall/Soskice 2001) bezeichnet wird.

Folgt man neueren Theorien politischer Steuerung fungiert der lokale Staat als integraler Bestandteil des Übergangs vom sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Modell „hierarchischer Intervention“ hin zur Governance, zu Formen der ökonomischen und gesellschaftlichen Steuerung in netzwerkartigen Strukturen. Governance als „die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche wie private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln“ (Commission on Global Governance 1995: 4) konstituiert ein neues Zusammenspiel von Gesellschaft und Staat. Bürgerliche Gesellschaft und Politik sollen Instanzen einer Ko-Regulation bilden, deren Zusammenspiel es zu optimieren gilt. In der Governance der politischen Ökonomie fungiert das Clusterkonzept (Porter 1993) als zentrales Instrument lokaler Staaten, Handlungsfähigkeit im globalen Kapitalismus zu erheischen (Crouch et al. 2004). Den Thesen des *New Regionalism* und seinem Konzept des Verhältnisses von Globalisierung und Regionalisierung zufolge ist lokale und regionale Regulation sogar *das* zentrale Moment, mit dem ein sog. „high-road“-Pfad der ökonomischen Restrukturierung (Dörre 1999) mit „starken

Wettbewerbsstrategien“ (Storper/Walker 1989) oder Formen „offensiver Flexibilität“ (Leborgne/Lipietz 1991) geübt werden kann. Im Unterschied zur defensiven Flexibilität (Zerschlagung fordistischer Organisationsformen, Förderung neuer Niedriglohnindustrien) sollen in der offensiven Flexibilität sozialdemokratische bzw. neokorporatistische Formen politischer Regulation lokaler/regionaler Modernisierungsprozesse reproduziert werden: neue Technologien werden in enger Verbindung mit Aus- und Weiterbildungsprogrammen eingeführt, die Implementation von Technologien wird auf der Basis von Aushandlungen mit Arbeitern und Repräsentanten der städtischen Gesellschaft vollzogen usw. (Leborgne/Lipietz 1991: 43).

Die Region schien ein prädestiniertes Terrain, auf dem durch Regulationen auf der Achse Gewerkschaften/Staat das fordistische Produktionsmodell erneuert und die Gewerkschaften als politischer Verband im Regulationsgefüge gesellschaftlicher Arbeit sich reproduzieren können (Kern 1994; vgl. auch Jansen/Jürgens 2003). Weltmarktorientierte Modernisierung der Produktion sollte aufs Neue mit Instrumenten der Einbindung von Gewerkschaften, diesmal in lokale und regional politische Entscheidungs- und Tarifbildungsprozesse verknüpft werden.

Der lokale Staat – die letzte Phalanx des „rheinischen Kapitalismus“, mit der die „mixed economy“, das Lieblingskind gemäßigter Arbeiterparteien Westeuropas, und das Prinzip der „mixed governance“, die komplementäre Arbeitsteilung zwischen Staat und Tarifiedemokratie, erneuert werden kann? Tatsächlich stehen lokale und regionale Ansätze als Surrogat einer anachronistisch gewordenen bzw. defizitären makroökonomischen Regulierung auf nationalstaatlicher, europäischer oder weltökonomischer Ebene seit den 1980er Jahren zumindest hoch im Kurs. Auch die Gewerkschaften haben sich in dieses „Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinten“ (Walter Benjamin) geworfen, indem sie in einigen Regionen zu integralen Bestandteilen „lokaler Allianzen“ aus Unternehmen, lokalen Staaten, Wissenschaftseinrichtungen, Kammern und Unternehmerverbänden geworden sind und damit eine institutionelle Modernisierung des lokalen Staates aktiv vorangetrieben haben.

Tatsächlich aber blieb das Versprechen einer pfadimmanenten Modernisierung hochgradig ungewiss. Inzwischen mehren sich die Zeichen, dass der Strom der Geschichte vielleicht doch nicht so linear von der nationalstaatlichen Regulierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates zu den lokal erneuerten Formen des „rheinischen Kapitalismus“ verläuft – insbesondere in Teilen der Gewerkschaften selbst. Lokale Handlungsspielräume verengen sich auf wettbewerbsregionalistische Lösungen, in denen gewerkschaftspolitische Ziele eher untergeordnet sind. „Wir haben alles, aber alles dümpelt nur noch vor sich hin“, so ein Gewerkschafter über die von ihm selbst initiierten Formen regionaler Industriepolitik. Und: „Wir müssen davon ausgehen, dass das, was wir vor einigen Jahren geschaffen haben, heute in einem völlig gewandelten politischen Kontext stattfindet“ – so ein anderer, regionalpolitisch aktiver Gewerkschafter. Neuere Forschungen sprechen bereits von einem erneuten Paradigmenwechsel der Regionalisierung, weg von der bottom-up-Phase der 1990er Jahre mit ihren „Regionalen Entwicklungskonzepten“ und dem Aufbau von Netzwerken und hin zu top-down-Ansätzen mit einer „starken Orientierung an globalen Wachstumsbranchen“, die „wenig Raum für sozialökologische und beteiligungssoffene Reformprojekte lässt“ (Blöcker 2003: 31). Sollten sich also die Gewerkschaften

in der Frage der Beteiligung an der regionalen Strukturpolitik und der Modernisierung der lokalen Staaten blauäugig in die eigene Tasche gelogen haben?

An solchen Fragestellungen setzten Untersuchungen an, die wir am Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB) zwischen 2001 und 2003 durchgeführt haben (Bee-se/Dörre/Röttger 2005). In einem von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Land Nordrhein-Westfalen finanzierten Forschungsprojekt haben wir drei altindustrielle Regionen (Chemnitz, Dortmund, Nürnberg) ins Visier genommen, in denen Repräsentanten lokaler Gewerkschaften im krassen Gegensatz zu aktuellen Bewertungen der Gewerkschaften als „Blockierer“ vermeintlich notwendiger Reformen als „Scharnierpersönlichkeiten“ in regionalen Kooperationsstrukturen agierten¹. In allen Untersuchungsregionen sind – in beständig wechselnden Arrangements aus Konflikt, Kompromiss und Konsens – in den 1990er Jahren regionale Institutionensysteme „von unten“ geschaffen bzw. modernisiert worden, die versuchten, den in diesen Regionen waltenden „radikalen Strukturwandel“ kooperativ zu bewältigen und somit eine grundlegende Erneuerung der für das „Modell Deutschland“ bzw. den „Rheinischen Kapitalismus“ charakteristischen Formen einer koordinierten Ökonomie zu bewirken.

Ich möchte im Folgenden dem Anspruch, den Realitäten und vor allem den Prozessen nachspüren, mit denen unter dem Label des *New Regionalism* lokale Allianzen geschmiedet wurden, die unter Beteiligung von lokalen Gewerkschaftsgliederungen eine regionale (Re-)Regulation gesellschaftlicher Arbeit und eine pfadabhängige Modernisierung der „koordinierten Ökonomie“ **versprechen** konnten. Der erste Teil meiner These lautet, dass die institutionelle Erneuerung der kapitalistischen Regulation in den lokalen Staaten keiner Präkonfiguration folgt. Im Unterschied zu frühen kritischen Stimmen, die die Entstehung lokaler Staaten eng mit der Ausbildung neoliberaler Formen des Politischen verknüpft sahen (Esser/Hirsch 1987) oder bereits im Vorfeld als modernen Mythos im Zeitalter der „Globalisierung“ zu entlarven glaubten (Amin/Robins 1990), waren ihre Konstitutionsprozesse keineswegs durch vorherrschende Weltmarktgesetze oder säkulare Entwicklungstrends vorbestimmt. Faktisch entwickelte sich in den 1990er Jahren eine Vielzahl von regulativen Experimenten: neoliberale Projekte der lokalen Deregulierung ohne gewerkschaftliche Beteiligung auf der einen genauso, wie verschiedene neokorporatistische Projekte sog. „Reregulierung“ unter Beteiligung von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen auf der anderen Seite. Konturen erlangten die lokalen Staaten immer erst durch hegemoniale Konflikte, Akteurskonstellationen und Kompromisse, die in den Städten und Regionen ausgebildet wurden. Diese Zeiten des „experimentellen Regionalismus“ (Charles Sabel) scheinen sich jedoch dem Ende zuzuneigen. In den zur institutionellen Reife

¹ Die Studie basiert auf einem Methodenmix, der Expertengespräche, halbstrukturierte Interviews, Gruppenbefragungen und teilnehmende Beobachtungen umfasst. Materialbasis der folgenden Darstellung sind 163 halbstrukturierte Interviews, die wir zumeist über Einzel-, teilweise aber auch über Gruppenbefragungen, an denen z.B. mehrere Betriebsräte teilnahmen, erfasst haben. Zu den Befragten gehören Netzwerkakteure, Manager, Lokal- und Landespolitiker ebenso wie Betriebsräte und beteiligte bzw. oppositionelle Gewerkschafter. Die Befragung haben wir durch zahlreiche teilnehmende Beobachtungen, feed-back-Diskussionen mit Gewerkschaftern und Netzwerkakteuren, Transfer-Workshops sowie umfangreiche sekundärstatistische Analysen ergänzt. Der Kern des Untersuchungszeitraums lag zwischen Sommer 2001 und Winter 2003.

gekommenen Formen der lokalen Staaten entfaltet sich – so muss die These notwendig fortgeführt werden – ein weltmarktorientierter Wettbewerbsregionalismus, der zunehmend die Bedingungen unterminiert, unter denen lokale Allianzen unter Einschluss der Gewerkschaften geschmiedet werden konnten. M.a.W.: Die Bemühungen um eine „Erneuerung von unten“ des kapitalistischen Regulationsprozesses werden im nachfordistischen Wandel zunehmend durch wirkungsmächtige Kräfte eines „Pfadwechsels“ aufgezehrt.

Seit Ende der 1990er Jahre haben sich in die lokale/regionale Regulation Dynamiken eingewoben, die ihren ursprünglichen Kern zunehmend unterminieren. Weil *erstens* Cluster „als Schnittstelle zwischen internen und externen Verflechtungen einer Region“ (Rehfeld 1999: 43) fungieren, ist die Reorganisationsrealität in den Regionen unter den Bedingungen fortgeschrittener Globalisierung meist ernüchternd. Trotz Neuorientierung der Wirtschaftsförderung entfalten sich regionale Unternehmensverflechtungen weniger in Abhängigkeit von lokaler/regionaler Governance, sondern verstärkt als Funktion von zumeist weltökonomisch reorganisierten Wertschöpfungsketten (Döhl/Sauer 1995). Regionale Zulieferstrukturen, die durch „global sourcing“ unter Druck gesetzt werden, und lokale „Liaisonfunktionen“ bleiben meist locker verankert (Jürgens 1999: 187) und stellen kaum eine stabile Grundlage regionalökonomischer Entwicklung dar. Zudem beklagen Akteure der kompromissgestützten lokalen Allianzen, dass sich im Zuge der wirtschaftlichen Modernisierung die räumlichen und sozialen Disparitäten verschärfen; die Stadt sei „einfach nicht mehr als einheitliches Gebilde zu behandeln. Die Clusterbildungen werden immer mikroskopischer. Sie haben immer kleinere Beziehungsgeflechte und Teilbereiche“. Dass *zweitens* die Modernisierung kapitalistischer Produktionsstrukturen nicht nur in kooperativen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit vollzogen, sondern auch ohne Beteiligung der Gewerkschaften erfolgreich vollstreckt werden kann, zeigt nicht nur das Beispiel Silicon Valley (Lüthje 2003); auch in unseren Untersuchungsregionen wurde die gewerkschaftliche Partizipation in der neuen Regulationssphäre prekärer. *Drittens* schließlich verlagern sich – letztlich infolge grundlegend verschobener gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit – die politischen Arenen zunehmend auf attraktive städtische Standorte. Im Vordergrund stehen standortpolitische Ziele; Lösungen für städtische Problemgebiete oder benachteiligte soziale Gruppen werden untergeordnet. Ein solcher Funktionswandel hin zum regionalen „Wettbewerbsstaat“ ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass alle sozialen Sphären auf das Ziel einer globalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden (Hirsch 1995: 109).

Ich skizziere zunächst einige zentrale Befunde aus dem Forschungsprojekt (2.). Diese nehme ich zum Anlass, vorherrschende Konzeptionen des Verhältnisses von Globalisierung und Regionalisierung zu hinterfragen (3.), um abschließend einige Konsequenzen für die gewerkschaftliche Regionalpolitik zu diskutieren.

2. Gewerkschaften und regionale Arbeits- und Wirtschaftspolitik: empirische Befunde

Die folgende Darstellung der Grundstrukturen regionaler Governance in den Untersuchungsregionen und ihrer Veränderungsdynamiken konzentriert sich auf die von den Gewerkschaften zunächst erstrittenen Formen der lokalen/regionalen Regulation und ihre Institutionalisierung (2.1), die prozeduralen Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die institutionelle Ausrichtung von Wirtschaftsförderung und Clusterpolitik (2.2) und die Bestimmungsfaktoren der veränderten regionalen Regulationsprozesse im nachfordistischen Wandel (2.3).

2.1 Die erstrittene Regulation

Die tiefe Krise der fordistischen Industrialisierung bildet in allen Untersuchungsregionen den Rohstoff, das Material, auf dem die gewerkschaftlichen Strategien aufsatteln. Den regionalpolitischen Initiativen der Gewerkschaften vorausgegangen war jeweils ein sich verschärfender, krisenvermittelter Problemdruck, der drohte, die traditionellen Bastionen der Gewerkschaftspolitik zu schleifen. Der Grad der „Aushöhlung“ fordistischer Regulationsmodi (vgl. zur Aushöhlung der politischen Institutionen des Fordismus: Jessop 1997; zur Aushöhlung der Systeme industrieller Beziehungen: Dörre 2002; Röttger 2003) stieg massiv an. Insofern stellten die regionalpolitischen Initiativen der Gewerkschaften in allen Untersuchungsregionen Versuche dar, die eigene Schwäche im regionalpolitischen Tausch zu kompensieren.

In der Ruhrgebietsmetropole *Dortmund* beispielsweise wurde die Industrialisierung lange Zeit von den Produktionsmodi der Bergbau- und Stahlkonzerne bestimmt. Die fordistische Prosperitätskonstellation in Dortmund basierte auf dieser Tradition und wurde wesentlich vom sogenannten „Dortmunder Dreiklang“ getragen, der mit dem Leitsatz „mehr als 7 Millionen Hektoliter Bier sind zu brauen, um mehr als 7 Millionen Tonnen Steinkohle fördern und 7 Millionen Tonnen Stahl schmelzen zu können“ umschrieben wurde. Der Anteil des „Dortmunder Dreiklangs“ (Kohle, Stahl, Bier) an den Gesamtbeschäftigten der Stadt lag 1980 noch bei knapp 30%; heute liegt er unter 15%. Bereits Ende der 1950er Jahre signalisierte die erste Bergbaukrise den Beginn eines grundlegenden Wandels der Industriestruktur der städtischen Ökonomie. 1987 wurde die letzte Zeche in Dortmund geschlossen. Seit Mitte der 1970er Jahre erfolgten Wellen der Spezialisierung und Internationalisierung der örtlichen Stahlproduktion (Hoesch). Auch diese Geschichte wurde in Dortmund inzwischen beendet. Am 28. April 2001 wurde der letzte Ort, an dem in Dortmund Eisen geschmolzen wurde – die Westfalenhütte, geschlossen. Auch die Bierbrautradition neigt sich ihrem Ende zu. Im Minutentakt hat im April 2004 eine Abrissbirne in die alten roten Backstein-Gemäuer der ehemaligen Dortmunder Union-Brauerei nahe dem Hauptbahnhof eingeschlagen. Unter den gewaltigen Schutthaufen verschwanden in wenigen Stunden Tausende Arbeitsplätze.

Dem Niedergang der traditionell strukturprägenden Sektoren begegneten die lokalen Gewerkschaftsgliederungen auf eine doppelte Weise. Zum einen mit Gegenmacht und Kampf: Die infolge von Kapitalkonzentration erfolgte Entscheidung zur Schließung des Stahlstandorts Dortmund 1997 wurde zum Auslöser für eine Bewegung, in der es in einem einwöchigen Streik gelang, dem strukturprägenden Konzern Regionalverpflichtungen aufzuerlegen (Schaf-

fung von 3.600 Ersatzarbeitsplätzen in der Stadt bis zum Jahr 2001). In diesem Zusammenhang entstand früh ein professionelles Netz von Auffang- und Qualifizierungsgesellschaften. Zum anderen entwickelten die Gewerkschaften (in Kooperation mit ISA-Consult, dem Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen und der Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund) eigene konzeptionelle Überlegungen zur Regionalisierung der Industrie- und Strukturpolitik und meldeten damit einen „massiven strukturpolitischen Gestaltungsansatz“ an, so die einschlägigen politischen Beobachter in der Region. Dieser Ansatz entwickelte sich in zum Teil heftigen Auseinandersetzungen mit der regionalisierten Strukturpolitik des Landes und den Akteuren der lokalen Wirtschaftsförderung, die immer noch stark an Infrastrukturmaßnahmen klassischen Zuschnitts orientiert waren: „Strukturpolitik war für die immer Beton: Straßenbau, Gebäude und so: Infrastruktur. Das war da sehr stark drin... Industriepolitik war da im Kern nicht drin“, so der regionale DGB-Vorsitzende. Der strukturpolitische Gestaltungsansatz der Gewerkschaften zielte mit dem Clusterbegriff dabei schon früh darauf, neue industrielle Spezialisierungsprofile der städtischen Ökonomie zu erschließen.

In *Nürnberg* ist die ökonomische Struktur der Stadt durch die Elektroindustrie dominiert. Die fordistische Expansion der Nachkriegszeit und die sich in ihr entfaltende Nachfrage nach dauerhaften Massenkonsumgütern wurden in Nürnberg zu Triebkräften einer Prosperitätskonstellation, in der vor allem die regionale Elektroindustrie durch die Umsetzung tayloristisch-fordistischer Produktionskonzepte einen dauerhaften Aufschwung erfuhr. In diesem Wachstumsmodell entstanden in der Region größere Betriebseinheiten wie der Hausgerätehersteller AEG oder die Unterhaltungselektronik bei Grundig. Diese Branchenstrukturen wurden neben dem Industriegiganten Siemens zum Profilträger der Region. Kündigte sich der Strukturwandel in Dortmund mit den Krisen zunächst im Bergbau, dann im Stahlbereich relativ früh an, wurde dieser Prozess in der Region Nürnberg erst in den 1980er Jahren in Gang gesetzt und mündete in eine sehr spezifische Dynamik der Fremdbestimmung. Als besonderes Problem erwies sich die Konzernabhängigkeit regionaler Produktionsstätten (70% der Unternehmen haben ihren Stammsitz außerhalb Nürnbergs, zudem sind einige klein- und mittelständische Unternehmen der Region in den Besitz transnational operierender Konzerne übergegangen). Im Unterschied zu Dortmund verlief der Beschäftigungsabbau in den strukturprägenden Unternehmen aber weniger dramatisch. Anders als in Dortmund, wo das Gewicht des einst dominierenden Dreiklangs auch innerhalb des industriellen Sektors rapide abnahm, behielt die in der Industrieregion Nürnberg dominierende Branche der Elektrotechnik ihr relatives Gewicht auch innerhalb des industriellen Sektors. Vor diesem Hintergrund kann man mit einiger Berechtigung noch immer von einer industriellen Monokultur sprechen.

Faktische und drohende Entlassungen bildeten dennoch den entscheidenden Anlass zur Begründung einer von der örtlichen IG Metall initiierten gewerkschaftlichen Regionalpolitik, die wesentlich auf zwei Säulen aufbaute. In sog. Projektbetrieben sollte ein auf partizipativen Arbeitsformen und kooperativen innerbetrieblichen Arbeitsbeziehungen beruhender „hoher Weg“ industrieller Restrukturierung beschritten werden und mittels innovativer Arbeitspolitik ihre Position in der Hierarchie internationaler Arbeitsteilung stabilisiert werden. In Netzwerkstrukturen versuchte die örtliche IG Metall eigenständige Formen der Krisenabfederung (Be-

schäftigungsgesellschaft GPO) und der betrieblichen Modernisierung (Beratergesellschaft ffw) zu praktizieren und darüber hinaus Einfluss auf die Wirtschaftsförderung (Kooperation mit dem IMU-Institut) auszuüben. Im Unterschied zu Dortmund zielten die gewerkschaftlichen Aktivitäten weniger darauf, neue Spezialisierungsprofile zu generieren, sondern darauf, einen inkrementellen Wandel der städtischen Ökonomie zu ermöglichen.

In Chemnitz konstituierte sich die gewerkschaftliche Regionalpolitik auf der Grundlage einer äußerst erfolgreichen Protestmobilisierung gegen die vorherrschenden Privatisierungsstrategien der Treuhand, die der „Wiege des deutschen Maschinenbaus“ den Garaus zu machen drohte. Von den ehemals 3.500 Beschäftigten des VEB Sachsenhydraulik blieben 1994 noch 270 übrig. Bei dem VEB Numerik mit ehemals 2.500 Beschäftigten ging die Zahl auf 900 zurück. Im Arbeitsamtsbezirk Chemnitz wurde die Anzahl der abhängig Beschäftigten zwischen 1990 und 1998 halbiert. Die Beschäftigungsentwicklung bei den Finalproduzenten des Werkzeugmaschinenbaus verlief noch dramatischer: die Beschäftigtenzahlen gingen von 10.700 (1990) auf 948 (1997) zurück, im Textilmaschinenbau von 9.900 auf 889.

Die Aktivitäten der örtlichen IG Metall zielten auf den „Erhalt industrieller Kerne“. Unter der Devise „Kampf organisieren, Bewegung erzeugen, dann politischen Druck ausüben und schließlich die Hand ausstrecken für Kooperationen“ – so der örtliche IG Metall-Bevollmächtigte – wurde bereits 1992 mit der Gründung eines sektoralen Interessenverbandes der wohl einmalige regionalpolitische Fall eines von Gewerkschaftsseite gegründeten Unternehmensnetzwerks implementiert. Mit dem Abschluss der Privatisierungen Mitte der 1990er Jahre war diese ursprüngliche Konstellation jedoch zerfallen. Aufgrund der Auflösung des „gemeinsame Feinds Treuhand“ differenzierte sich die Interessenlage aus. Gewerkschaftliche Forderungen nach Tarifverträgen führten zum Aufkündigen der ursprünglichen Kooperationsstruktur. Die örtliche IG Metall forcierte seit 1996 den Aufbau eines um die Gewerkschaften organisierten Netzwerkes. Unter dem Druck der Verhältnisse, in denen gescheiterte Privatisierungen und drohende Insolvenzen regionaler Unternehmen permanent wurden, gelang es, einen Zusammenschluss zwischen lokaler IG Metall, einer Unternehmensberatung und dem Arbeitsamt zu erreichen („Chemnitzer Konsensmodell“). Diese Akteure kooperieren bei der Sanierung angeschlagener Betriebe aus dem Bereich Produktion und produktionsnahe Dienstleistungen. Sanierungen sind mit der Gründung von Beiräten verknüpft, die die Sanierungsschritte der Unternehmen überwachen.

Allen Untersuchungsregionen ist gemein, dass die Konstitutionsphase gewerkschaftlicher Regionalpolitik noch in einem hohen Maße von gewerkschaftlicher Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeit geprägt war. Sie bildete den Humus, auf dem kompromissgestützte oder konsensuale Arrangements im Verhältnis von Kapital, Arbeit und lokalem Staat gesucht wurden. Dieser „neue Spagat“ in der Gewerkschaftspolitik geht einher mit einer netzwerkartigen Organisation gewerkschaftlicher Politik, die vor allem in Kooperation mit arbeitsorientierten Forschungs- und Beratungseinrichtungen entwickelt und implementiert wird. Unterschiedlich entfalten sich jedoch die kooperativen Formen zwischen dem gewerkschaftlichen Netz und den städtischen Ämtern für Wirtschaftsförderung oder der Landespolitik. Das Spektrum reicht von Formen ausgeprägter Beteiligungskulturen in lokalen Institutionensystemen und Bündnissen mit dem

Land (Dortmund), über selektive Kooperationen „vor Ort“ und Konfrontation mit der Landespolitik (Nürnberg) bis zu ausgeprägten Konfliktstrukturen und weitgehend autonomen Formen gewerkschaftlicher Industrie- und Strukturpolitik (Chemnitz). In einer vergleichenden Perspektive erscheinen die von uns untersuchten drei Regionen so in gewisser Weise als Kontrastfälle: Die Felder, auf denen die gewerkschaftlichen Akteure aktiv sind, ähneln einander (vor allem Krisenabfederung und partizipative Modernisierung der Betriebe); Praktiken und institutionelle Einbindungen unterscheiden sich jedoch erheblich voneinander.

Im Kern lassen sich zwei Grundstrukturen erstrittener Regulation ausmachen: *Erstens* haben die Gewerkschaften eigensinnige Vorstellungen von „regionaler Strukturpolitik“ und „lokaler Modernisierung“ in die Debatte um die „Regionalisierung der Politik“ eingebracht und so eine stärkere Branchen- bzw. Clusterorientierung regionaler Wirtschaftspolitik bewirkt. Regionale Wirtschaftspolitik wurde stärker auf die Bearbeitung „endogener Potenziale“ verpflichtet, statt sich im Standort-Marketing und der Ansiedlung auswärtiger Unternehmen zu erschöpfen. *Zweitens* basiert diese Clusterorientierung regionaler Wirtschaftsförderung in allen Untersuchungsregionen auf einem erstrittenen Kompromissgleichgewicht, das einen regionalen policy-mix konstituiert. Strategien der regionalen Unternehmensvernetzung und -modernisierung werden mit Instrumenten der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik angereichert (Auffanglösungen und Aus- und Weiterbildungsprogramme), die auf der Grundlage von Aushandlungen implementiert werden. Darüber hinaus werden – regional mit unterschiedlicher Intensität – Maßnahmen initiiert, die nicht primär auf eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zielen, sondern auch eine „Kultur des Dritten Sektors“ entstehen lassen.

2.2 *Moderne Governancestrukturen im Vergleich: Clusterpolitik at work*

„The proof of the pudding is in the eating“ (MEW 22: 296). Gewerkschaften können in den von uns untersuchten Regionen für sich beanspruchen, im Institutionensystem des lokalen Staates eine stärkere Branchen- bzw. Clusterorientierung der regionalen Wirtschaftsförderung durchgesetzt zu haben. Können aber die Gewerkschaften ihren Einfluss in den Governanceformen der Clusterpolitik auf Dauer stellen? Dieser Frage möchte ich in einer vergleichenden Analyse der regionalen Governancestrukturen und der Regulationsprozesse nachgehen.

In *Dortmund* entwickelte sich sicherlich der ambitionierteste Versuch städtischer Clusterpolitik. Clusterpolitik bezeichnet hier einen Versuch der lokalen Politik, neuartige Vernetzungen zwischen lokalen Akteuren (unter explizitem Einschluss der Gewerkschaften) zu erzeugen, die sich gemeinsam auf Zukunftsfelder der Wirtschaftsentwicklung einigen. Deswegen sei „es natürlich richtig zu sagen, es handelt sich um so etwas wie Investitionslenkung“ – nur diese komme „nicht mehr vom Staat, sondern wird im Rahmen der Cluster-Strukturen selbst erzeugt“, so der konzeptionelle Kopf der Dortmunder Cluster-Philosophie. Seit dem Jahr 2000 wird clusterpolitisches Denken in der Stadtregion im *dortmund-project* gebündelt. Das ambitionierte Projekt soll die „Entwertung“ des Stahlstandortes Dortmund mit einer strategischen Verlagerung wirtschaftlicher Schwerpunkte beantworten. In ausgewählten wissensintensiven Führungsbranchen sollen bis zum Jahr 2010 70.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Die wirtschaftsfördernden Aktivitäten konzentrieren sich auf diese Zukunftsbranchen. Durch sie sollen sich eigenständige Wachstumsstrukturen, sogenannte „clusters of industry“, herausbilden.

Von ihnen werden innovations- und wettbewerbsstärkende Effekte für alle anderen Branchen in der städtischen Ökonomie erwartet.

Die industriepolitischen Ziele des dortmund-projects sind inzwischen auf eine Vielzahl von „operativen Einheiten“ herunter gebrochen worden: „e-factory“ im Bereich e-commerce/Informationstechnologie, „MST-factory“ im Bereich Mikrosystemtechnik und „e-port dortmund“ im Bereich Logistik. Organisatorisch arbeiten die operativen Einheiten als private GmbHs (mit Hilfe von städtischem Stiftungskapital). Die Gesellschafter bestimmen den Kurs. Gewerkschaften sind hier nicht beteiligt. Die Public-Private-Partnerships unterstehen aber den Kontrollstrukturen des dortmund-projects, das durch seine Ansiedlung bei der städtischen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in die politische Struktur der Stadt integriert und dem vom Rat der Stadt eingesetzten Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung rechenschaftspflichtig ist. In den entscheidenden Gremien des dortmund-projects (Steuerungskreis, Lenkungsausschuss) ist der DGB-Vorsitzende präsent. Durch diese – und weitere, informelle – Kontrollstrukturen werden die Einzelprojekte strikt auf beschäftigungspolitische Ziele verpflichtet („Du kannst hier nichts machen, wenn Du nicht gleichzeitig sagst, wieviel Arbeitsplätze Du hier schaffst“). Mehr noch: Die Integration beschäftigungspolitischer Ziele in die politische Philosophie der lokalen Wirtschaftsförderung bietet den beteiligten Gewerkschaften Ansatzpunkte, um das proklamierte „schnelle Dortmund“ (Orientierung auf Zukunftsfelder) immer wieder mit der eigenen Vision eines „sozialen Dortmund“ (Orientierung auf soziale Kohäsion in der Stadt) zu konfrontieren.

Dennoch gibt es Bruchstellen innerhalb des städtischen (Veränderungs-)Konsenses: In der Definitionsphase regionaler Clusterpolitik und in den oberen Steuerungsgremien der konzeptionellen Clusterpolitik lassen sich Elemente einer ausgeprägten Beteiligungskultur von Gewerkschaften nachweisen; auf der operativen Ebene der Umsetzung von Clusterprojekten in den PPPs jedoch schwindet sowohl Einfluss als auch formale Beteiligung der Gewerkschaften. Dass dabei gewerkschaftspolitische Ziele kaum berücksichtigt werden, wird als in der „Natur der Sache“ begründet gesehen: „Das müssen Sie verstehen, dass wir bei dem, was wir tun, die Gewerkschaften nun wirklich nicht im Kopf haben. Hier geht es um die Unternehmen“, so der Geschäftsführer einer PPP.

In *Nürnberg* sprechen die regionalen Akteure nicht von Clustern, sondern von Kompetenzfeldern und Kompetenzinitiativen. Nichtsdestotrotz lassen sich auch in Nürnberg Ansätze einer konzeptionellen Clusterpolitik aufzeigen, die auf die von den Gewerkschaften erstrittene Regulation zurückgeführt werden können. Kompetenzfelder bezeichnen Zusammenschlüsse von Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen, Gewerkschaften und lokaler Politik, die Schwerpunkte der regionalwirtschaftlichen Entwicklung definieren und in Projektform gießen. Der hohe Anspruch einer Investitionslenkung wird – im Unterschied zu Dortmund – jedoch nicht formuliert.

Die Kompetenzinitiativen werden anhand unternehmerischer Kriterien (Umsatz, Profitabilität) geführt. Sie sollen Projektmittel akquirieren, Technologieförderung betreiben, regionale Kooperationsvorteile erschließen und das „Standortmarketing“ verbessern. Die implementierten Kompetenzfelder IuK-Technologie (*Nürnberger Initiative für die*

Kommunikationswirtschaft, NIK) und Medizintechnik (*Initiative Life Science*) entsprechen einer Schwerpunktsetzung, wie sie in der High-Tech-Offensive des Landes Bayern vorgeschlagen wurde. Die Kompetenzfelder Energie (*Initiative EnergieRegion*) und Verkehr (*Initiative Neuer Adler*) sind hingegen regionale Eigenschöpfungen auf Initiative der IG Metall, die auf einen inkrementellen Wandel gewachsener industrieller Strukturen zielen. Die Kompetenzinitiativen sind vereinsförmig organisiert, die Kooperationsstrukturen im Vereinskontext jedoch oft „extrem hierarchisch“, so der Tenor aus Gewerkschaften und Politik. Die Vorstände bestellen die Geschäftsführung. Im Fall „Neuer Adler“ wurden die drei bisherigen Geschäftsführer von Siemens für diese Tätigkeit freigestellt. Gewerkschaftliche Beteiligung ist formell in allen Initiativen möglich, konzentriert sich faktisch aber auf die Initiative im Energiebereich, während sich die im Vorstand des Neuen Adler vertretene IG Metall seit geraumer Zeit „auffällig abstinert“ verhält, so kritische politische Beobachter. Ähnlich wie in Dortmund wird jedoch auch eingeräumt, dass dies möglicherweise in der „Natur der Sache“ liege. Im unternehmerisch geprägten Vorstand gehe es primär im Umsatz, Gewinn und Transportleistungen, während man nach Auskunft eines Geschäftsführers „den Faktor Arbeit“ eher vernachlässige. Im Unterschied zu Dortmund herrscht über Beschäftigungseffekte der Clusteraktivitäten in den Kompetenzinitiativen bislang völlige Unklarheit. Obwohl – wie im Fall EnergieRegion – konzeptionell in der Offensive, gelingt es der IG Metall auch in diesem Kompetenzfeld kaum, ihre beschäftigungspolitischen Ziele für alle Beteiligten verbindlich zu machen.

Zwar resultiert auch der Nürnberger Kompetenzfeldansatz aus einer Konzertierung der gesellschaftlichen Kräfte. Als Resultat langwieriger Kompromissbildungen entstanden, konnte – anders als in Dortmund – aber kein verbindlicher regionalpolitischer Konsens ausgebildet werden. Hinter den Institutionen und Begriffen, die den regionalen Konsens ausdrücken sollen, verbergen sich Zielsetzungen und Strategien, die nicht immer miteinander in Einklang zu bringen sind. Im Unterschied zum Dortmunder „Veränderungskonsens“ basiert der Nürnberger Kompromiss auf divergierenden Regionalisierungsinteressen. Während der industriepolitische Ansatz der IG Metall mit den Kompetenzfeldern der Energie- und Verkehrswirtschaft eigentlich Instrumente der Krisenintervention schaffen wollte, um einen inkrementellen Wandel der städtischen Ökonomie zu ermöglichen, folgen die realisierten Kompetenzinitiativen in ihrer Handlungslogik zunehmend weniger dieser Logik. Die Kompetenzinitiativen werden zunehmend auf eine strikte Modernisierungspolitik orientiert, die ihren Verfechtern ohnehin als bessere Krisenprävention gilt. Die IG Metall erscheint dann bis in die in Nürnberg (wieder) regierende Sozialdemokratie als Sachwalterin strukturkonservativer Interessen, weil sie immer wieder versuche, „Kompetenzinitiativen zur Krisenintervention zu instrumentalisieren, was nicht geht: das können die nicht!“. Finanziert wird primär, was zur weltmarktorientierten Schwerpunktsetzung des Landes passt. Die Verlierer der Modernisierung geraten in dieser Förderkulisse weitgehend aus dem Blick.

In der Konsequenz stoßen Bemühungen um einen inkrementellen Wandel in Nürnberg, der auf eine Sicherung und Modernisierung gewachsener industrieller Strukturen zielt, immer häufiger an Grenzen. Dies nicht zuletzt, weil – auch hier im Unterschied zu Dortmund und der hier praktizierten Integration von Universität und Technologiepark in die Clusterstrategie – in der

Region keine integrierte Struktur- und Technologiepolitik auf den Weg gebracht wurde. In den meisten Kompetenzfeldern ist es bislang nicht gelungen, die zentralen Branchen durch mit Hilfe des vor Ort erzeugten wissenschaftlichen Wissens in moderne Leitsektoren zu verwandeln, die als Träger einer neuen Wirtschaftsdynamik fungieren könnten. Es kranke vor allem (mit Ausnahme der Medizintechnik in Erlangen) an einer parallelen F&E-Aktivität zu den Kompetenzinitiativen. Plastisch hebt dies ein Gewerkschafter am Beispiel des Kompetenzfelds Energiewirtschaft hervor. Um sich im „interessanten Markt“ für Umwelttechnik behaupten zu können, sind technische Innovationen gefordert, für die es jedoch in der Region an der nötigen wissenschaftlichen Infrastruktur mangelt: „Da hat die Region alle Kompetenzen. Das ist europaweit, wenn nicht weltweit hier Zentrum für Energietechnik. Und dann kommen die Defizite. Wir haben keine wissenschaftlichen Ressourcen in diesem Bereich. Wir haben in den Industriebereichen, die wir hier haben, gar keine Lehrstühle. Also mit Abstand die größte Anzahl an Industriebeschäftigten, aber die dürftigste Ausstattung an wissenschaftlicher Infrastruktur... Dagegen haben wir zwölf Lehrstühle im Bereich Festkörperphysik und Halbleitertechnik. Das ist interessant, da haben wir aber keine Fabriken“.

In Chemnitz fallen die Aktivitäten der regionalen Wirtschaftsförderung deutlich hinter das in Nürnberg und Dortmund erreichte Niveau zurück. Die unternehmerischen Netzwerkbildungen sind primär außeninduziert, d.h. sie entstehen als Ergebnis von in Aussicht gestellter bzw. bewilligter Fördergelder („Fördertopfgrab-Netzwerke“). Entsprechend werden die Steuerungsleistungen des lokalen Staats gering veranschlagt („keksfressende Beiratssitzungen“). Gerade netzwerksartige Organisationsformen in Ostdeutschland operieren nach einer anderen Logik als der einer politischen Steuerung: „Das ist ja so: Du kannst das ja auch nicht richtig steuern. Hier bilden sich diese Kooperationsverbände: Maschinenbau oder Automobilzuliefererinitiative. Dann wird eine Geschäftsführung oder ein Vereinsvorstand eingesetzt und dann melden sich die Vergessenen, dass sie auch mitmachen wollen. Wie willst du das steuern? Man ist froh, dass jeder, der da halbwegs reinpasst, dazukommt. Das hat dann aber meist keinen regional-ökonomischen Bezug mehr“. Auf diesem Hintergrund biete die Wirtschaftsförderung vor allem „Standardprodukte, die jede Wirtschaftsförderung drauf hat“ – so der inzwischen abgelöste Leiter der städtischen Wirtschaftsförderung. Die eigentliche Aufgabe bestünde darin, die Unternehmen „an die Fördertöpfe heranzuführen“. Ein konzeptioneller Ansatz der Clusterpolitik könne sich auf diesem Hintergrund gar nicht durchsetzen.

2.3 Bestimmungsfaktoren veränderter lokaler Regulationsdispositive

Gemeinsam ist den Untersuchungsregionen, dass alle institutionellen Formen des lokalen Staates, mit denen die lokalen Regulationsdispositive in ein gewisses Gleichgewicht aus ökonomischer Modernisierungs- und sozialer Integrationspolitik balanciert werden konnten, im Regulationsprozess zur Disposition gestellt werden. Die von den Gewerkschaften generierten oder transformierten Institutionen der lokalen Staaten „emanzipieren“ sich zunehmend von ihrem ursprünglichen Konzept und werden auf eine Logik verpflichtet, in der gewerkschaftspolitische Ziele kaum mehr Berücksichtigung finden. Die Weichenstellungen weisen in allen Regionen in eine ähnliche Richtung. An die Stelle von Strategien der Krisenintervention (Nürnberg), der Arbeits- und Beschäftigungsorientierung (Dortmund) oder dem Erhalt industrieller Kerne

(Chemnitz) tritt ein professionalisiertes und vermeintlich alternativloses Veränderungsmanagement, das mit Hilfe von Private Public Partnerships (PPP) betrieben wird und das einseitig auf die Modernisierung betrieblicher Strukturen, die Förderung von „Entrepreneurship“ und auf Standort-Marketing zielt. Eine solche Wettbewerbspolitik ist vor allem auf eine starke, d.h. auch effiziente Exekutive angewiesen. Strategische Bündnisse mit den Gewerkschaften gehören nicht zu ihrem Repertoire. Sie reüssiert eher als Versuch lokaler Eliten, sich unter intensivierte Wettbewerbsbedingungen neu zu profilieren.

Grundsätzlich werden in PPPs unterschiedliche Kapitalfraktionen, staatliche und parastaatliche Institutionen und weitere Gruppen in die Gestaltung einzelner Projekte eingebunden. In Nürnberg sind die Gewerkschaften an den meisten Kompetenzinitiativen – formal – beteiligt; in Dortmund agieren die operativen Einheiten ohne sie. PPPs müssen so nicht zwangsläufig einer Logik der Ökonomisierung folgen; sie entwickeln sich jedoch hochgradig abhängig von lokalen Machtverhältnissen. Verschieben sich die lokalen Kräfteverhältnisse zulasten der Gewerkschaften oder wird eine gewerkschaftliche Beteiligung für überflüssig erachtet, transformiert sich der lokale Staat in ein Ensemble von bürgerlichen Service-Agenturen. In ihm kommt dann eine Vermarktlichung des Staatsapparats zum Ausdruck. Die *raison d'être* solcher Agenturen sind Business-Pläne; ihre Handlungslogik folgt einem „Positivismus der Geschäftsführer“ (Röttger 2001). Gewerkschaftliche Kernfunktionen wie die De-Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft, die historisch nur in einem komplexen Zusammenwirken von betrieblichen und überbetrieblichen (staatlichen) Strategien und Strukturen erreicht werden konnte, werden dagegen entwertet.

Im prozessierenden Wettbewerbsregionalismus orientieren sich die institutionellen Formen der „Regionalisierung“ zunehmend auf attraktive städtische Standorte. Im Vordergrund stehen standortpolitische Ziele; Lösungen für städtische Problemgebiete oder benachteiligte soziale Gruppen werden untergeordnet. Ein solcher Funktionswandel hin zum regionalen „Wettbewerbsstaat“ ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass alle sozialen Sphären auf das Ziel einer globalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden (Hirsch 1995: 109) – eine Tendenz, die in allen Untersuchungsregionen zu beobachten ist. Die Regulationsverhältnisse in den „von unten“ erstrittenen Institutionen werden geschliffen; neue Modernisierungsagenturen der Ökonomie entstehen. Ein Kompromissgleichgewicht gerät aus der Balance. Dies zeigt sich insbesondere in Dortmund, wo sich die Gewerkschaften von der Zerschlagung großbetrieblicher Strukturen auch im durchaus erfolgreichen „politischen Tausch“ nicht erholen konnten („Arbeiterbewegung in Dortmund – das war immer ein Aufruf am Fahrradschuppen von Hoesch“, so der regionale DGB-Vorsitzende). In Dortmund kommen vor allem Kräfte einer Binnenerosion in der lokalen Regulation zum Prozess, auch weil das tradierte Bündnis zwischen Gewerkschaften und lokaler und Landespolitik zunehmend brüchig wird. Befördert werden diese Veränderungen durch die globale Krise der „New Economy“, auf deren Branchen auch Dortmund seine Zukunft setzt. Für Nürnberg spricht ein örtlicher Wirtschaftsförderer dagegen von „Schnee-Verwehungen“, die durch die Globalisierung der Wirtschaft verstärkt in die Region hineingetragen werden, mit dem Instrumentarium der regionalen Industrie- und Strukturpolitik nicht mehr geräumt werden können und die generierten Institutionen moderner Governance in der Region unter Stress setzen. Die institutionelle Antwort darauf lautet: „Stärkung der ohnehin

Starken“ – eine „grundsätzlich andere Party“ als die von der IG Metall angezielte Krisenintervention. Bestimmungsfaktoren des Wandels sind hier eher exogene Einflüsse. In beiden Fällen aber werde das Einhalten des mit der Regionalisierung konnotierten Regulationsversprechens schwieriger; es entstehe – so der Wirtschaftsförderer weiter – „eine verkürzte Verfallzeit gemachter und dann gebrochener Versprechen“.

Die Variationsbreite wirkungsmächtiger Kräfte der Veränderung und die Gleichzeitigkeit eingeschlagener Pfade der Restrukturierung deuten darauf hin, dass diese Veränderungsprozesse in den Institutionensystemen der lokalen Staaten das Resultat einer *Konfiguration mit variierenden Dominanten* ist. Es lassen sich meines Erachtens vor allem zwei Elemente bzw. Triebkräfte der Veränderung benennen, die nur ineinandergreifend den offensichtlichen Konstitutionswandel der lokalen Staaten bewirkt haben: zum einen eine Neubestimmung des Verhältnisses von Weltmarkt und lokaler/regionaler Ökonomie, die die Handlungskorridore der lokalen Staaten verengt („*new regionalizations of the state*“) zum anderen neue Kräfteformierungen und -verschiebungen in den lokalen Staaten und damit eine Neujustierung staatlicher Aufgaben durch Privatisierung und Kapitalisierung weiter Gesellschaftsbereiche („*new states of regionalization*“, MacLeod 2001). Oft sind die Veränderungen in den Regionen exogen bedingt (Umwälzungsprozesse auf dem Weltmarkt, Paradigmenwechsel in der Landes- oder Bundespolitik); diese Veränderungen werden jedoch von Teilen der endogenen Kräfte genutzt, um das „contested terrain“ städtischer und regionaler Institutionenpolitik neu zu bearbeiten und Kräfteverhältnisse, Akteurskonstellationen und politische Repräsentationsregimes zu verändern. Die nachfordistischen Produktionsverhältnisse werden politisch wirksam.

In neomarxistischen Weltmarkttheorien – etwa der Theorie hegemonialer „Produktions- und Tauschnormen“ (Aglietta 1979), dem Begriff vom „Sachzwang Weltmarkt“² oder dem Analysekonzept der „Interiorisierung“ der kapitalistischen Produktionsweise (Poulantzas 1975) – wurden bereits „totalisierende“ Produktionsverhältnisse thematisiert, die sich durch ökonomische, soziokulturelle und arbeitspolitische Kontexte und Regulationsverhältnisse hindurch organisieren und reproduzieren (Röttger 2002).³ Diese „Interiorisierung“ kapitalistischer Machtstrukturen bleibt heute nicht mehr auf die nationalstaatlichen Regulierungen beschränkt; „sie lässt sich auf lokalen, regionalen, grenzübergreifenden und interregionalen Ebenen genauso feststellen wie in den Aktivitäten der sogenannten ‚unternehmerischen Städte‘“ (Jessop 2001: 92). Die nachfordistische Reorganisation der Ökonomie durchdringt also (auch die lokalen) Regulationsprozesse, hegt sie ein, und presst sie in eine mit dem vorherrschenden ökonomischen

² Als „Sachzwang Weltmarkt“ hat Elmar Altvater (1987: 87) schon früh einen gesellschaftlichen Transformationsprozess beschrieben, „wie exogene Strukturen endogenisiert werden bzw. wie die artikulierte Konfiguration von ökonomischen Entwicklungstendenzen des Weltmarktes, von politischen Interventionen zur hegemonialen Blockbildung, dem sozialen Handeln der Akteure in einer regionalen Gesellschaft und den je besonderen natürlichen Reproduktionsbedingungen in der Region zustandekommt“ – eine Interpretation, die nichts an Aktualität eingebüßt hat.

³ Insofern ist alle Transformation „pfadabhängig“, weil sie die Institutionen und Regulationen gleichsam „von innen“, von den bestehenden Kräfte- und Bündnisstrukturen heraus, verändert. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass die Pfade im Prozess der Veränderung nicht verlassen werden können – sozusagen in einen „Systemwechsel“ einmünden –, indem neue Variationsmöglichkeiten des Handelns geschaffen oder Regulationsprozesse in einen neuen Regulationszusammenhang eingefügt werden.

Organisationsprinzip zu vereinbarende Form. Der lokale Staat wird in seinen Strukturen transformiert, seinen sozialen Grundlagen disartikuliert, und die in ihm wirkenden hegemonialen Kräfte werden mit globalen Strukturen rekombiniert (Brenner 1998). Im Rahmen der Theorie(n) des New Regionalism und die in ihrem Begriffsapparat zur Verfügung gestellten „ideologischen Formen“⁴, lassen sich genau diese zum Teil gleichsam „hinter dem Rücken der handelnden Personen“ (MEW 23: 385) geräuschlos sich vollziehenden Veränderungsdynamiken kaum enthüllen. Alternative Erklärungsansätze sind (wieder) gefordert.

3. Globalisierung und Regionalisierung revisited

Die skizzierten Forschungsbefunde brechen sich mit allzu reibungslosen Vorstellungen pfadabhängiger, besser: pfadimmanenter Modernisierung, wie sie etwa im New Regionalism postuliert wurden. Dies vor allem deshalb, weil Regulation als Resultat von gesellschaftlichen Konflikten immer eine „historische Fundsache“ (Lipietz 1985: 114; ders. 1997: 104) ist. Ihre Durchsetzung ist nie das Ergebnis eines politischen Planungsprozesses, sondern entspringt aus der Gesellschaft als einem „beständig im Prozess der Umwandlung begriffenen Organismus“, daraus, dass der Kapitalismus zur beständigen „Destruktion und Neuproduktion der alten sozialen und politischen Formen“ (Marx 1974: 393) tendiert.

Konsequenterweise brechen einige neuere Ansätze in der Tradition der Regulationstheorie infolge der gerade auf lokaler und regionaler Ebene waltenden Metamorphose von sozialen Experimentierfeldern zu Orten kapitalistischer Durchdringung mit den eher modelltheoretischen Annahmen der ursprünglichen Konzeption und orientieren auf die politischen Prozesse, sozialen Konflikte und hegemonialen Konfigurationen, unter denen sich kapitalistische Regulation vollzieht (Goodwin/Painter 1997). Genau hier kann eine kritische Theorie des lokalen Staates ansetzen. Aus den empirischen Ergebnissen unserer Studie lassen sich aus meiner Sicht nämlich zwei zentrale theoretische Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens erfordert das Verständnis lokaler/regionaler Regulation gerade jenen stärker prozess- und hegemonieorientierten Zugriff, wie er in den neueren Ansätzen der Regulationstheorie gefordert wird. So resultiert Regulation auf der einen Seite aus der „konstitutiven Unvollkommenheit des Kapitalverhältnisses“ (Jessop 2002: 18ff.); sie ist Bestandteil der Formen eines „erweiterten Staates“, in denen die traditionellen Interventionsmedien ‚Recht‘ und ‚Geld‘ durch Verhandlungssysteme auf lokaler und regionaler Ebene ergänzt werden (vgl. zu diesem letztlich gramscianischen Konzept Röttger 2004a). In den ausgebildeten Formen des integralen Staates können Handlungskorridore politökonomischer Entwicklung im Regulationsprozess erweitert oder verengt werden (Röttger 2004b). Regulation trägt somit das Potenzial in sich, über die Systemgrenzen (das „logische“ oder „funktionalistische Korrespondenzverhältnis“ von Akkumulation und Regulation) hinaus zu weisen. In den 1990er Jahren konnten die Gewerk-

⁴ Der Begriff der „ideologischen Formen“ geht auf die berühmte Marxsche Formulierung im Vorwort ‚Zur Kritik der Politischen Ökonomie‘ zurück, in dem Marx zwischen der Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen „und den juristischen, politischen, religiösen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen (unterscheidet), worin sich die Menschen dieses Konflikts (gemeint ist der zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, B.R.) bewusst werden und ihn ausfechten“ (MEW 13: 9).

schaften diese Beschaffenheit lokaler/regionaler Regulation in Phasen des Umbruchs nutzen und auf der Grundlage eigenständiger Projektvorschläge und Konfliktfähigkeit die politische Arena der Lokalisierung/Regionalisierung bestimmen.

Zweitens aber ist die Fähigkeit der Gewerkschaften zu einem lokalen *agenda-setting* inzwischen eingebettet. An ihre Stelle treten neue „strategische Selektivitäten“ des lokalen politischen Systems. Folgt man kritischen Bilanzierungen nachfordristischer Regulationsprozesse, entsteht in den lokalen Staaten „a new playing field with different contours“ (Hay 1995: 395). Es artikuliert sich zunehmend ein neuer hegemonialer Block aus transnationalem Kapital, kleinen und mittleren Unternehmen und saturierter, aber konsumorientierter Mittelschicht der Städte, der ein „transnationales liberales Projekt“ repräsentiert (Paul 2002, Brenner 1998). Die Konstitution dieses Machtblocks wird als Resultat von zwei sich überlagernden Dynamiken begriffen: zum einen Veränderungen in den Beziehungen von Staat, Ökonomie und Gesellschaft, die neue Formen lokaler/regionaler Governance, neue Formen politischer Repräsentation sowie neuartige Identifikationsangebote (Wissen 2000) generieren; zum anderen Veränderungen in den Beziehungen und Gewichtungen zwischen den verschiedenen Ebenen politischer und wirtschaftlicher Organisation und der auf ihnen handelnden Akteure („re-scaling“) – einer neuen „politics of scale“ (Smith 1995) also, durch die auch Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Akteuren einer Region und bestimmten Politikfeldern („issues“) neu hergestellt werden.

Folgt man Goodwin/Painter (1997: 23) ist lokale/regionale Regulation durch vier Grundverhältnisse charakterisiert, die im Mittelpunkt einer kritischen Analyse stehen sollten: Prozesse, Ungleichheiten, Praxisformen und Tendenzen. Ein solcher Ansatz kann meines Erachtens nicht nur den in der lokalen/regionalen Alltagspraxis oft anzutreffenden, aus gewerkschaftlicher Perspektive frustrierenden Bias erklären; im Rahmen einer solchen Konzeption lassen sich auch die Verschiebungen im Binnenprozess von Lokalisierung und Regionalisierung und ihre „Reartikulation“ mit weltökonomischen und -gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen durchaus treffend analysieren. Ich möchte im Folgenden diese vier Grundverhältnisse auf dem Hintergrund der empirischen Forschungen präzisieren, um so zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Globalisierung und Regionalisierung zu gelangen:

Der Prozesscharakter: In einer ersten Phase der institutionellen Modernisierung der lokalen Staaten gelang es den lokalen Allianzen, vor allem unter Beteiligung von Gewerkschaften, aber zum Teil auch anderer neuer sozialer Bewegungen, ein lokales/regionales „Regulationsdispositiv“ zu begründen/eröffnen, in dem der lokale Staat zwar in der Logik der Angebotspolitik verhaftet blieb, jedoch gleichzeitig auf andere Politikfelder verpflichtet werden konnte. Dieses Regulationsdispositiv ist im Regulationsprozess aufgesprengt worden. Hinter der zu beobachtenden Ausdifferenzierung der Mobilierungsformen „endogener Potenziale“ (Cluster, Kompetenzfelder, strategische Handlungsfelder, Centers of Excellence etc.) verbergen sich wettbewerbsorientierte Innovationsstrategien, die zunehmend weniger auf eine regionale Investitionslenkung im Sinne der Modernisierung des „rheinischen Kapitalismus“ zielen. Diese Konstellation bildete den Ausgangspunkt für unser Forschungsprojekt.

Die inszenierte Ungleichheit: In lokalen/regionalen Regulationsprozessen lagern sich neue Formen „räumlicher Selektivitäten“ (Jonas 1999) ein. Räumliche Selektivität bedeutet nicht nur, dass in wirtschaftspolitischen Strategien, Finanzhilfen und Projekten bestimmte Räume privilegiert werden, sondern auch, dass bestimmte Konflikte systematisch aus dem politischen Prozess ferngehalten werden und nur bestimmte gesellschaftliche Klassen politisch thematisiert werden (strukturelle bzw. strategische Selektivität). So wird die lokale Staatstätigkeit faktisch zwar „weitaus stärker (als bisher) auf die Entwicklung endogener Wachstumspotenziale“ ausgerichtet; diese aber werden nun verstärkt „durch aktivere angebotsseitige Maßnahmen [organisiert], indem sich strategische Allianzen aus lokalem bzw. regionalem Staat und regionalen und/oder lokalen ‘Schlüsselakteuren’ bilden“ (Jessop 2001: 144). Soziale Kohäsion in Städten und Regionen wird allenfalls noch als Prozessresultat von „trickle-down“-Effekten einer angebotsorientierten Wachstums- und einer regionalen „Kathedralenpolitik“ begriffen.

Die umgewälzten Praxisformen: Die Gewerkschaften haben sich zwar von Beginn an an einer Politik beteiligt, die vorrangig darauf zielte, regionale Wertschöpfung und damit die regionale Position in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu verbessern. Diese sich im Wettbewerbsregionalismus aus dem „Modell Deutschland“ verlängernden Identitätsformen der Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen“ sind jedoch abhängig von Institutionen der industrieller Beziehungen, die definitionsgemäß „den Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ab(stecken); sie legen fest, welche Formen, Gegenstände und Akteure zugelassen sind und welche Handlungsmöglichkeiten diesen für die Lösung spezifizierter Probleme zur Verfügung stehen“ (Müller-Jentsch 1996: 498). *Tempi passati:* Im Wettbewerbsregionalismus werden Prozesse von Outsourcing und Verbetrieblichung akzentuiert sowie Kulturen des „Unternehmertums“ gefördert. Die neuen Realitäten der Arbeits- und Wirtschaftsregulation vollziehen sich in *geschliffenen* Institutionensystemen der industriellen Beziehungen. Sie erlauben immer weniger, den Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit und die Handlungskorridore zu bestimmen, in der sich die politökonomische Entwicklung vollzieht. Gerade durch die auf lokaler, regionaler und betrieblicher Ebene realisierten Öffnungsklauseln im System der Tarifdemokratie, werden Vereinbarungen zwischen Kapital und Arbeit ermöglicht, durch die zwar die formale Hülle des Tarifvertrages gewahrt bleibt, in denen jedoch arbeitspolitisch jeder „Haltegriff“ fehlt, der den Sturz in den interessenpolitischen Rückschritt wenn nicht aufhalten, so doch in Maßen halten könnte. Der Zugriff der Unternehmen auf die lebendige Arbeit wird rigider und individualisiert; er kann auch im Clusterkonzept nicht (mehr) aufgefangen werden. „Der Gewerkschaftsverband als monopolistische Form der sozialen Repräsentanz der Arbeit hört nicht zu existieren auf, wird aber in der Wurzel getroffen: Die Gewerkschaft, oder was von ihr bleibt, ‘verhandelt’ weiter, aber nur noch in ‘subalternen’ Form, nämlich innerhalb der von der Unternehmenslogik festgelegten Koordinaten“ (Revelli 1997: 32f.).

Die globale Tendenz: Eine solche Reartikulation des regionalen Staates verändert das im lokalen Staat einst ausgehandelte Verhältnis von ökonomischer Modernisierungs- und sozialer Kohäsionspolitik. Lokale Allianzen unter Einschluss der Gewerkschaften wurden getragen von einem policy-mix aus Modernisierungs- und sozialer Kohäsionspolitik. Diese Stützen brechen mit der „Ökonomisierung“ der Staatsfunktionen ein. Die Reorganisation des lokalen Staates

geschieht, indem politische Arenen mit neuartigen Steuerungsformen geschaffen werden, in der sich nun andere als die bisher bestimmenden Gesellschaftsklassen artikulieren. Die Grundlagen für lokale/regionale Allianzen, in denen Gewerkschaften nicht nur beteiligt, sondern eine aktivierende Rolle spielen konnten, werden unterminiert. Die zunehmende kapitalistische Durchdringung des Raumes bewirkt, dass die eingeschlagenen Pfade politökonomischer Entwicklung erodieren. Diese Pfaderosion manifestiert sich in drei Tendenzen: die mixed-economy wird einem „introvertierten Imperialismus“ (Narr 2003), d.h. der Durchkapitalisierung jener gesellschaftlichen Bereiche, die bisher nicht unmittelbar der kapitalistischen Verwertung ausgesetzt waren, geopfert; die mixed governance weicht neuen Formen der Regulation, die vorrangig als Public-Private-Partnerships organisiert sind und die einer Handlungslogik folgen, die nicht mehr auf demokratischer Partizipation und kollektiven politischen Zusammenhängen basiert, sondern auf Verwertungsinteressen und effizienter Marktsteuerung; die high-road-Modernisierung der regionalen Kapitalismen bricht ab und wird durch neuartige Zugriffe auf die lebendige Arbeit abgelöst. Kurzum: Regionen und lokale Staaten fungieren nicht mehr als Bastionen des „rheinischen Kapitalismus“. In ihnen walten vielmehr Kräfte, die auf eine Pfadüberwindung und eine Transformation des Entwicklungsmodells hinwirken.

4. Schluss: Auswege aus dem gewerkschaftlichen Beteiligungsparadoxon?

Eine abschließende Bilanz des Wettbewerbsregionalismus und der gewerkschaftliche Beteiligung an Lokalisierungs- und Regionalisierungsprojekten zu ziehen verbietet sich zumindest aus einem Grund: Gewerkschaftliches Engagement in den lokalen Staaten ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern bildet in vielen Regionen den Gegenstand einer intensiven gewerkschaftspolitischen Debatte, die zum Teil gerade erst begonnen hat. Nichtsdestotrotz möchte ich abschließend die Frage aufwerfen, ob Lokalisierung/Regionalisierung ein Tiger ist, der gewerkschaftspolitisch zu reiten ist. Können die Kooperationsformen im lokalen Staat mehr generieren als einen Kanon von „flankierenden Maßnahmen“, der jeder kapitalistischen Restrukturierung innewohnt?

Tatsächlich sind die skizzierten Verschiebungen, ja die Rekonstitution des lokalen Staates von den beteiligten Gewerkschaften in ihrer Alltagspraxis erfahrbar. Diese Verschiebungen sind oft durchlitten worden. Die Kritik am Wettbewerbsregionalismus jedenfalls wird zum Teil rigider; bestehende Bündnisse und Kompromisse auf regionaler und lokaler Ebene werden zunehmend kritisch hinterfragt. Auf der einen Seite ist es natürlich richtig: „Je mehr eine herrschende Klasse fähig ist, die bedeutendsten Männer der beherrschten Klassen in sich aufzunehmen, desto solider und gefährlicher ist ihre Herrschaft“ (MEW 25: 614). Und in der Tat sind mit dem Einlassen auf die Logik des Wettbewerbsregionalismus und durch die Partizipation an weltmarkt-orientierten Förderkulissen Vorentscheidungen verbunden, die in der Tendenz den einmal erstrittenen Pfad regionaler Entwicklung in Frage stellen. Auf der anderen Seite aber zeigt unsere Untersuchung auch deutlich, dass je intensiver die lokalen Kooperations- und Konsensstrukturen sind, je mehr es den lokalen Gewerkschaftsgliederungen gelingt, Kompromisse im lokalen Staat zu erstreiten und lokal herrschende Klassen zu Bündnissen zu zwingen, sich auch die Chancen erhöhen, den Tendenzen einer „reellen Subsumtion des Territoriums“ unter den kapitalistischen Verwertungsprozess (Revelli 1999) entgegenzuwirken.

Und hier beginnt das Dilemma für eine lokale Politikstrategie der Gewerkschaften im fortgeschrittenen, nachfordistischen Wandel: Einer Rückkehr zu den lokalen Allianzen der 1990er Jahre sind die Bedingungen geraubt, innerhalb derer sie wirkungsmächtig werden konnten. Der Hauptgrund wurzelt im gewerkschaftlichen „Beteiligungsparadoxon“: Die Gewerkschaften büßen im Zuge des von ihnen gestützten Strukturwandels und der durch die moderne Governance des lokalen Staates akzentuierten Modernisierung lokaler/regionaler Produktionsstrukturen zunehmend ihre betriebliche Verankerung und damit die Grundlagen für eine lokale/regionale „Konfliktpartnerschaft“ ein. Formale Beteiligungs- und Vertragsstrukturen bleiben zum Teil erhalten; in ihnen aber vollziehen sich einschneidende Veränderungen. „Die Fehlrechnung ist: wenn das also prosperiert (gemeint sind Prozesse städtischer Clusterbildung durch Outsourcing, Neuansiedlung und „Start-ups“, B.R.), wozu brauchen die dann Gewerkschaften“, so der kritische Kommentar eines Gewerkschafters zur gewerkschaftlichen Beteiligung am Wettbewerbsregionalismus.

Das „Gefälle des Stroms“ in die Regionen und lokalen Staaten hält derweil unverändert an. Ein Schwimmen in diesem Strom ist jedoch für die Gewerkschaften keine hinreichende Bedingung mehr, den Pfadwechsel im Kapitalismusmodell aufhalten zu können. Die Institutionen des lokalen Staates drängen kaum mehr auf „eine neu angeleitete Politik der Sozialdemokratie“ (Scott 1998: 163). Seine Konstitution im Spannungsfeld von *new regionalizations of the state* und *new states of regionalization* erlaubt es immer weniger als eine politische Arena zu fungieren, auf der um „ökonomisch und sozial stärkere Regulationsinstrumente“ (Lipietz 1998: 179) gestritten werden kann. Das einstige Regulationsversprechen bleibt unabgegolten. Letztlich wird sogar in der neuen Dynamik lokaler/regionaler Regulationsprozesse die Frage der Gewerkschaftsidentität (Hyman 2001) aufgeworfen. Die Rekonstitution der lokalen Staaten hat nämlich auch deutlich werden lassen, dass tradierte Gewerkschaftsidentitäten – etwa die Identität als „intermediärer Organisation“ in einem System strategischer Beziehungen zwischen Gewerkschaften und (keynesianischem) Staat – zunehmend in ihrer Wirkungsmacht entkräftet werden und letztlich kaum mehr aufrecht erhalten werden können. Der Staat – auch der lokale – fällt als Garant eines Klassenkompromisses zunehmend aus; er definiert und garantiert vielmehr verstärkt die Regeln der globalen Ausdehnung der Kapitale, die als „konzentrierte gesellschaftliche Macht“ (MEW 16: 196) wiederum die Handlungskorridore vorgeben, in denen der Staat sein Handeln neu bestimmt. Damit ist die tradierte Gewerkschaftsidentität aber in ihrem Kern getroffen: Ausgehend von der Betriebsebene verallgemeinern sich Organisationsformen von „kompetitiver Solidarität“. Die Durchsetzung einzelbetrieblicher Rationalitäten im Sinne von einzelbetrieblichen Wettbewerbsfähigkeiten („Ökonomisierung“) droht einer von den Gewerkschaften präferierten Organisation einer konfliktgestützten Mitbestimmung in den Betrieben und eines Modells überbetrieblicher Solidarität zunehmend den Boden zu entziehen.

Dies alles spricht nicht gegen lokal- und regionalpolitische Strategien der Gewerkschaften. Sie sind jedoch aufgefordert, „Bündnisse neuer Qualität“ etwa mit der globalisierungskritischen Bewegung zu erschließen. Solche Bemühungen sind auch in unseren Untersuchungsregionen durchaus vorhanden; in ihrer praktischen gewerkschaftspolitischen Bedeutung sind sie aber eher randständig. Dabei gäbe es eine Vielzahl inhaltlicher Berührungspunkte: Lokale Bündnis-

se, die den Niedergang öffentlicher Investitionen, die Zerrüttung der kommunalen Infrastruktur oder die Bildungsmisere thematisch bearbeiten, sind Beispiele für Politikarenen, auf denen wieder über die Erweiterung von Handlungskorridoren gestritten werden kann. In den Praxisformen „regionale Entwicklungscoalitionen“ im System des Wettbewerbsregionalismus spielt diese Art von Bewegungspolitik jedoch kaum eine Rolle. Insofern müssen die Gewerkschaften in der Tat zu einer Neubestimmung ihrer Politik finden.

Literatur

Aglietta, Michel (1979): Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik. In: Deubner, Christian/ Rehfeldt, Udo/ Schlupp, Frieder/ Ziebura, Gilbert (Hrsg.): Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion. Frankfurt a.M.: 70-124.

Albert, Michel (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus. Frankfurt a.M.

Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien. Hamburg.

Amin, Ash/ Robins, K. (1990): The Re-emergence of Regional Economies? The Mythical Geography of Flexible Accumulation. In: Environment and Planning D. Society and Space. Vol. 90. No.1: 7 - 34.

Beese, Birgit/ Dörre, Klaus/ Röttger, Bernd (2005): Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen. Wiesbaden (i.E.).

Blöcker, Antje (2003): ArbeitnehmerInnenbeteiligung an regionalisierter Strukturpolitik. Erste Rückschlüsse aus laufenden Politikanalysen in Südniedersachsen und Südostniedersachsen. Forschungsbericht aus dem Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig.

Brenner, Neil (1998): Global cities, glocal states: global city formation and state territorial restructuring in contemporary Europe. In: Review of International Political Economy. Vol. 5. No. 1: 1-37.

Commission on Global Governance (1995): Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Bonn.

Croach, Colin/ Le Galès, Patrick/ Trigilla, Carlo/ Voelzkow, Helmut (eds.) (2004): Changing Governance of Local Economies – Responses of European Local Production Systems. Oxford.

Döhl, Volker/ Sauer, Dieter (1995): Neue Unternehmensstrategien und regionale Entwicklung. In: Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung. Berlin: 103-157.

Dörre, Klaus (1999): Local Heroes. Globalisierung, Partizipation und mikrosoziale Regulation. In: Fuchs, Gerhard/ Krauss, G./ Wolf, H.G. (Hrsg.): Die Bindungen der Globalisierung – Interorganisationsbeziehungen im regionalen und globalen Wirtschaftsraum. Marburg: 92-135.

Dörre, Klaus (2002): Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus. Wiesbaden.

Esser, Josef/ Hirsch, Joachim (1987): Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie – Von der Fordismuskrisis zur postfordistischen Regional- und Stadtstruktur. In: Prigge, Walter (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen. Basel/Boston: 31-56.

Goodwin, Mark/ Painter, Joe (1997): Concrete Research, Urban Regimes, and Regulation Theory. In: Lauria, Mickey (ed.): Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy. Thousand Oaks/London/New Dehli: 13-29.

- Hall, Peter. A./ Soskice, David (eds.) (2001): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundation of Comparative Advantage*. Oxford.
- Hay, Colin (1995): Re-stating the problem of regulation and re-regulating the local state. In: *Economy and Society*. Vol. 24. No. 3: 387-407.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Politik und Demokratie im globalen Kapitalismus*. Amsterdam/Berlin.
- Hyman, Richard (2001): *Understanding European Trade Unionism. Between Market, Class & Society*. London.
- Jansen, Peter/ Jürgens, Ulrich (2003): *Gewerkschaftliche und Industriepolitik*. In: Schroeder, Wolfgang/ Wessels, Bernhard (Hrsg.): *Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik. Ein Handbuch*. Wiesbaden: 429-450.
- Jessop, Bob (1997): Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Becker, Steffen/ Sablowski, Thomas/ Schumm, Wilhelm (Hrsg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*. Hamburg: 50-95.
- Jessop, Bob (2001): Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat bei Nicos Poulantzas – 25 Jahre später. In: Hirsch, Joachim/ Jessop, Bob/ Poulantzas, Nicos: *Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung*. Hamburg: 71-100.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge.
- Jones, Martin (1999): *New Institutional Spaces*. London 1999:
- Jürgens, Ulrich (1999): Neue Systeme der Produktentstehung im Spannungsfeld von Regionalisierung und Internationalisierung. In: Fuchs, Gerhard et al. (Hrsg.): *Die Bindungen der Globalisierung. Interorganisationsbeziehungen im regionalen und globalen Wirtschaftsraum*. Marburg: 162-191.
- Kern, Horst (1994): Intelligente Regulierung. Gewerkschaftliche Beiträge in Ost und West zur Erneuerung des deutschen Produktionsmodells. In: *Soziale Welt*. H. 1: 33-59.
- Leborgne, Danièle/ Lipietz, Alain (1991): Two social strategies in the production of new industrial Spaces. In: Benko, G./ Dunford, M. (eds.): *Industrial Change and regional development: the transformation of new industrial spaces*. London: 27-49.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der „Regulation“. In: *Prokla*. Heft 58: 109-137.
- Lipietz, Alain (1998): Das Nationale und das Regionale. Wie viel Autonomie bleibt angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus? In: Ders.: *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“*. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. *Ausgewählte Schriften*. Hrsg. von Hans-Peter Krebs. Berlin/Hamburg: 155-184.
- Lüthje, B. (2003): Vom Post-Fordismus zum „Post-Korporatismus“? Vernetzte Massenproduktion und Regulation des Lohnverhältnisses in Silicon Valley. In: Buckel, S./ Dackweiler, R.-M./ Noppe, R. (Hrsg.): *Formen und Felder politischer Intervention*. Münster: 126-145.
- MacLeod, Gordon (2001): New Regionalism Reconsidered: Globalization and the Remaking of Political Economic Space. In: *International Journal of Urban and Regional Research*. Vol. 25. No. 4: 804-829.

- Marx, Karl (1974): Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin/DDR.
MEW: Marx-Engels-Werke. Berlin/DDR.
- Müller-Jentsch, Walther (1996): Arbeitsbeziehungen. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 1: 497-502.
- Narr, Wolf-Dieter (2003): Introvertierte Imperialismen und ein angstgeplagter Hegemon. Für eine utopische Transzendenz der Globalisierungskritik. In: Prokla. Heft 133: 575-598.
- Paul, Darel E. (2002): Re-scaling IPE: subnational states and the regulation of the global political economy. In: Review of International Political Economy. Vol. 9. No. 3: 465-489.
- Porter, Michael E. (1993): Nationale Wettbewerbsvorteile. Wien.
- Poulantzas, Nicos (1975): Klassen im Kapitalismus – heute. Berlin/W.
- Rehfeld, Dieter (1999): Produktionscluster. Konzeption, Analysen und Strategien für eine Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik. Berlin.
- Revelli, Marco (1997): Vom ‚Fordismus‘ zum ‚Toyotismus‘. Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang. Supplement der Zeitschrift Sozialismus. Heft 4.
- Revelli, Marco (1999): Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit. Münster.
- Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster.
- Röttger, Bernd (2001): Jenseits des Staates: der Positivismus der Geschäftsführer. In: Berndt, Michael/Sack, Detlef (Hrsg.): Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung. Wiesbaden: 147-161.
- Röttger, Bernd (2002): Nachfordistisches Produktionsmodell – „schmetternde Ouvertüre“ einer neuen Formation des Kapitalismus? Insignien einer transnationalen Produktionsweise. In: Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB): Jahrbuch 2001/2002. Recklinghausen: 85-99.
- Röttger, Bernd (2003): Arbeit - Emanzipation – passive Revolution. Metamorphosen der Arbeitspolitik und die Zukunft der Gewerkschaften. In: Kurswechsel. Heft 3: 8-21.
- Röttger, Bernd (2004a): Integraler Staat, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 6.2, Hamburg : 1254-1266.
- Röttger, Bernd (2004b): Staatlichkeit in der fortgeschrittenen Globalisierung. Der korporative Staat als Handlungskorridor politökonomischer Entwicklung. In: Demirovic, Alex/ Beerhorst, Joachim/ Guggemos, Michael (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt a.M.: 153-177.
- Scott, Allen J. (1998): Regions and the World Economy. London.
- Smith, Neil (1995): Remaking scale: competition and cooperation in prenational and postnational Europe. In: Eskelinen, Heikki/ Snickars, Folke (eds.): Competitive European Peripheries. Berlin: 59-74.
- Storper, Michael/ Walker, R. (1989): The Capitalist Imperative. Cambridge, Mass.
- Wissen, Markus (2000): Die Peripherie in der Metropole. Zur Regulation sozialräumlicher Polarisierung in Nordrhein-Westfalen. Münster.